

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) In diesem Zusammenhang kritisieren Sie, Herr Leifert, daß der Ministerpräsident F.D.P. und CDU aufgefordert habe, nach Bonn zu gehen und dort zu protestieren.

(Zuruf des Abgeordneten Leifert [CDU])

Darf ich daran erinnern, wie es war, als Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre in die Lohnsummensteuer, in die Gewerbesteuer eingeschnitten wurde? Eine schlimme Entscheidung - Frau Höhn hat darauf hingewiesen - gegen unsere Interessen und gegen unseren erbitterten Widerstand. Aber wie war es damals? Damals haben sich die Landesregierung - ich nenne hier insbesondere den Kollegen Hirsch, damals Landesinnenminister - und die Oberbürgermeister der sozialdemokratischen Städte entschlossen gewehrt und in Bonn protestiert.

Das ist es, was wir von Ihnen erwarten, nicht mal hier bloß den Mund ein bißchen spitzen, sondern entschlossen und auch hinter geschlossenen Türen zu protestieren und dafür zu sorgen, daß Land und Kommunen hier zu ihrem Recht kommen. Das mahnen wir an, Herr Leifert.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Daß die Bundesregierung versucht, ihre selbstgemachten Haushaltsprobleme zu Lasten Dritter zu lösen, ist zwar ein Skandal, aber bei dieser unfähigen Bundesregierung kann man wahrscheinlich nichts anderes erwarten.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Von Ihnen, Herr Leifert, erwarten wir aber den Mut und die Standhaftigkeit, die sozialdemokratische Oberbürgermeister seinerzeit gezeigt haben. Ich war dabei, als sie Herbert Wehner und Helmut Schmidt gegenübergetreten sind. Das war nicht einfach. Seinerzeit sind, wenn ich das recht in Erinnerung habe, beispielsweise beim Spitzausgleich rund 900 Millionen DM nach Nordrhein-Westfalen geflossen.

Meine Damen und Herren, wir warten noch immer auf Ihren Mut und Ihre Standhaftigkeit. Nur hier Freundlichkeiten zu sagen, das hilft den Kommunen und auch dem Land nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Innenminister. - Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an den Ausschuß für Kommunalpolitik. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Nachtragshaushaltsgesetz 1994)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 11/7300 und
11/7590

Beschlußempfehlung
und Bericht des Haushalts-
und Finanzausschusses
Drucksache 11/7600 (D)

zweite Lesung

Ferner liegt Ihnen mit Drucksache 11/7705 ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Schumacher für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Schumacher (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von der finanziellen Gestaltung der Zukunft des Haushalts 1995 zurück zur Gegenwart, nämlich dem Nachtragshaushaltsplan 1994. Es ist vorgesehen, daß wir uns am Freitag im Rahmen einer opulenten Redezeit mit dem Nachtragshaushalt ausführlich beschäftigen. Ich kann und will mich deshalb kurzhalten und nur einige Feststellungen treffen:

Im wohlverstandenen und richtigen Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften erhöht unser Land mit dem Nachtragshaushalt 1994 das Haushaltsvolumen nur un-

(Schumacher [SPD])

- (A) wesentlich. Die Nettokreditermächtigung wird nicht erhöht. Die Rücklagen - ich spreche vom Haushalt 1994 - werden nicht aufgelöst. Der Erlös aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen in Höhe von ca. 171 Millionen DM wird ausschließlich für strukturverbessernde Maßnahmen eingesetzt, die zum ganz überwiegenden Teil im investiven Bereich stattfinden.

Eine Rücklage von - 126 Millionen DM dient unter anderem der Liquiditätssteigerung und -verbesserung der Landeskasse. Die Ausweisung einer globalen Minderausgabe im Einzelplan 20 ist nach Aussage der Landesregierung nach heutiger Erkenntnis ohne weitere Bewirtschaftungsmaßnahmen möglich.

Der Zwang zur sparsamsten Haushaltsführung wird von der SPD-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Daß die CDU-Fraktion ihre Ablehnung des Nachtragshaushalts im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen mit ihrer Gegnerschaft zu einer globalen Minderausgabe begründet, - sonst fiel Ihnen nichts ein - ist mir aufgrund der Debattenbeiträge dieser Oppositionsfraktion aus den letzten Jahren nicht nachvollziehbar.

Ich habe den Eindruck, daß die Opposition zuerst beschließt abzulehnen - das tut man wohl als Opposition bei Haushaltsberatungen oder wo auch immer - und erst anschließend Gründe für die Ablehnung konstruiert. Der Eindruck, der dann entsteht: Es gibt eine gewisse Beliebigkeit in den Argumenten, warum man ablehnt. Das ist bei finanziellen Dingen eigentlich nicht ratsam.

(B)

Die Aufstockung des Grundstücksfonds für den Erwerb und die Nutzbarmachung von Brachflächen innerhalb des Strukturprogramms um 45 Millionen DM wird von der SPD-Fraktion ausdrücklich begrüßt. Ich habe nirgendwo gehört, daß das ausdrücklich abgelehnt wird. Daß zusätzlich - das ist eigentlich der Kern des Nachtragshaushaltsplanes - 475 Millionen DM an die Gemeinden für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern zur Verfügung gestellt werden sollen, ist für einen Landespolitiker, der sich mit den Finanzen auseinandersetzen hat, schmerzhaft, weckt bei mir als Kommunalpolitiker jedoch die Hoffnung, daß wir in den Kommunen die verausgabten Mittel schnell vom Soll ins Haben stellen können. Dabei spreche ich von den Vorleistungen der Kommunen.

Im übrigen scheint diese Position auch bei der Opposition nicht ernsthaft bestritten zu werden.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister Schleußer hat in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 1995 seiner Erwartung Ausdruck gege-

ben, daß das Konjunkturtal in Nordrhein-Westfalen durchschritten ist. Hinsichtlich der Steuereinnahmen sind die Signale des Aufschwungs jedoch leider - um es milde auszudrücken - uneinheitlich: Sie schwanken von Quartal zu Quartal, Überraschungen - auch negativer Art - sind nicht ausgeschlossen. Die Entwicklung der Zinssätze am kurzen wie am langen Ende abschließend zu beurteilen, traue ich mir zumindest nicht zu.

(C)

Im Namen der SPD-Fraktion begrüße ich ausdrücklich, daß im Nachtragshaushalt 1994 voreilige Überreaktionen unterbleiben und sparsame Haushaltsführung und Strukturpolitik in Einklang gebracht werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat heute noch einen Änderungsantrag eingebracht. Dazu habe ich eine generelle Bemerkung: Wer die Hoffnung haben möchte, daß sein Antrag ernsthaft beraten wird, vielleicht auch angenommen wird, sollte ihn zunächst den Fachausschüssen zuleiten, damit er dort ernsthaft beraten werden kann.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herr Kollege Dr. Busch, ich habe zumindest im Finanzausschuß nichts von Ihrem Antrag gesehen.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage von Dr. Busch zulassen?

(D)

(Abgeordneter Schumacher [SPD]: Gern!)

Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Kollege, würden Sie mir zustehen, daß ich diesen Vorgang erst vor einer Woche erfahren habe und daß ein Parlament frei ist, sich auch noch in letzter Sekunde zu entscheiden, wenn es sich um eine sinnvolle, gute Sache handelt?

Abgeordneter Schumacher (SPD): Aber selbstverständlich. Nur, wenn man eine Sache als sinnvoll und gut beurteilen soll, muß man sie nachprüfen und abwägen. Dafür haben wir unsere Ausschüsse.

Im übrigen, Herr Kollege Dr. Busch, habe ich den Eindruck, daß einem, wenn man einen Deckungsvorschlag sucht und im Bundestag in der Opposition ist - ich generalisiere das einmal -, dann der Jäger 90 oder

(Schumacher [SPD])

- (A) der Eurofighter, oder wie das Ding inzwischen auch heißen mag, einfällt. Wenn man darauf nicht kommt, wohl aber die rechte Gesinnung hat - nach Ihrer Meinung die fortschrittliche Gesinnung -, dann fällt einem der Straßenbau ein. Und wenn man sich einmal überlegt, wie wenig der Straßenbau in den letzten Jahren im Verhältnis zu seinem früheren Volumen an Geld bekommen hat und wie sehr er im Haushaltsplan 1995 noch einmal reduziert wird, dann sollte man, meine ich, sehr sorgfältig untersuchen, bevor man eine zweistellige Millionenzahl einfach abstreicht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe zum Nachtrag 1994 einige bewußt kurze und - wenn Sie so wollen - auch schlicht formulierte Feststellungen gemacht. Ich gehe davon aus, daß sich die Richtigkeit dieser Feststellungen in einer ausführlichen Debatte dann am Freitag beweisen muß und - so nehme ich an - auch beweisen wird. - Ich bedanke mich, daß ich nicht länger zu reden brauchte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Schumacher. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Paus.

- (B) Abgeordnete Paus (Bielefeld) (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch den Nachtragshaushalt und dessen Ergänzungen wird der Haushalt 1994 um knapp 282 Millionen DM ausgeweitet. Während Sie, Herr Finanzminister, noch im Herbst letzten Jahres unseren Forderungen im Finanzausschuß nach Ausweitung der globalen Minderausgaben nicht folgen wollten, schlagen Sie nun eine Erhöhung um 317 Millionen DM auf 583 Millionen DM vor.

Noch im letzten Herbst meinten Sie, daß mehr Einsparungen nicht möglich seien. Wir freuen uns, daß Sie und mit Ihnen natürlich die Mehrheit der SPD in diesem Hause, wenn häufig auch etwas zögerlich, dennoch ab und an auf die Vorschläge der CDU eingehen.

Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß auf keinen Fall dem Antrag einer Oppositionspartei zugestimmt werden darf. Er wird abgelehnt und verschwindet in der Schublade, und immer häufiger wird er nach ein paar Monaten als Vorschlag der Regierung oder der SPD-Fraktion auf den Tisch gelegt.

Globale Minderausgaben werden in unterschiedlicher Höhe auf die einzelnen Ministerien verteilt. So beträgt

beispielsweise die globale Minderausgabe im MAGS (C) 99,5 Millionen DM. Daß heute noch kein Ministerium sagen kann, wie konkret diese Summen eingespart werden, ist uns allen sicherlich verständlich. Wir erwarten allerdings, von den Fachministerien über die konkreten Einsparungen regelmäßig informiert zu werden. Ich denke, meine Kolleginnen und Kollegen werden in den Ausschüssen entsprechend danach fragen.

Im Nachtragshaushalt ist die Einstellung einer Sonderrücklage von rund 118 Millionen DM vorgesehen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Kluge Lösung!)

Diese Summe setzt sich aus Veräußerungen von Beteiligungen und aus Darlehensrückzahlungen des Flughafens Düsseldorf abzüglich einer Strukturmaßnahme in Höhe von 45 Millionen DM zusammen. Wir begrüßen, daß die Landesregierung unserem langjährigen Drängen auf Auflösung von Beteiligungen endlich nachkommt.

Auf Nachfrage teilte uns die Landesregierung mit, daß langfristige Schulden seit geraumer Zeit teurer sind als kurzfristige. Die hohen Schulden des Landes - wir hörten heute morgen noch einmal davon: 122 Milliarden DM im Moment mit täglichen Zinsen von 22 Millionen DM - verbieten allerdings bei dieser Situation auf dem Kapitalmarkt unserer Meinung nach Rücklagenbildung. Rücklagenbildung, so sagt die CDU, hat nur dann einen Sinn, solange man mit fundierten (D) langfristigen Schulden teurere Kassenkredite vermeiden kann. Wir lehnen also die Bildung einer Sonderrücklage ab.

(Beifall bei der CDU)

Die Kostenerstattung für Asylbewerber an die Träger der Sozialhilfe wird laut Nachtragshaushalt um 95 Millionen DM auf 764 Millionen DM erhöht. Wie der Finanzminister zu diesem Ansatz kommt, bleibt allerdings auch nach unserer Nachfrage unverständlich.

Die Zahlen für den Zuzug von Asylbewerbern haben sich in Nordrhein-Westfalen wie folgt entwickelt:

1991 hatten wir rund 58 000 Asylbewerber. 1992 waren es rund 88 000. 1993, dem Jahr, in dem am 1. Juli die neue Gesetzesgrundlage in Kraft trat, waren es 73 000. Und bis zum Juli dieses Jahres sind es 14 000 Asylbewerber.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Hört! Hört!)

(Paus [Bielefeld] [CDU])

- (A) Wenn man sich diese Entwicklung bewußt macht, muß man feststellen, daß die jahrelange Blockade des Asylkompromisses durch die SPD zu hohen finanziellen Belastungen für Nordrhein-Westfalen geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Ein zwei Jahre früher gefaßter Beschluß hätte dem Land eine Einsparung von rund 1 Milliarde DM gebracht.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei der Diskussion um die Entwicklung der Asylsituation konnten wir durch die Landesregierung auch erfahren, daß das seinerzeit zuständige MAGS für die Zeit vor dem 31.12.1993 keinerlei Fallzahlen über Abgänge von Asylbewerbern, Klagefälle, Kontingentfälle und Eilentscheidungen vorlegen konnte. Die Verlagerung dieses Aufgabenbereichs in das Innenministerium war also dringend erforderlich geworden. Wir erhoffen uns jetzt jährliche Berichte über Fallzahlen, damit die Haushaltsansätze entsprechend gestaltet werden können.

- (B) In einem letzten Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, den ich ansprechen möchte, geht es um eine Personalentscheidung. Jeweils am 1. April und am 1. Oktober eines laufenden Jahres werden geprüfte Anwärter in den Polizeidienst übernommen. Für den Termin 1. Oktober 1994 stehen 700 freie Stellen zur Verfügung.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Hört, hört!)

Jetzt denkt sicher jeder, der sich über die innere Sicherheit in unserem Lande Gedanken macht: Gott sei Dank, nun werden wenigstens die noch bestehenden Stellen besetzt. - Aber weit gefehlt! In den Bemerkungen des Gutachterdienstes heißt es - ich zitiere -:

Benötigt werden lediglich 330 Stellen. Circa 370 Stellen werden somit frei bleiben. Auch die entsprechend einer Vereinbarung mit dem Bund mögliche und nach einem Haushaltsvermerk zulässige Übernahme von BGS-Beamten soll nicht erfolgen.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Es gibt also zum 1. Oktober 1994 nur 330 geprüfte Anwärter für den Polizeidienst.

(C) Ich frage mich, wo eigentlich die Personalplanung gewesen ist. Man wußte doch darum, wie viele Stellen zu diesem Zeitpunkt frei sein würden.

(Zustimmung des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Selbst bestehende Stellen werden also nicht besetzt. Und da sagen Sie, Herr Finanzminister, in Ihrer Haushaltseinbringungsrede 1995: Wir sparen nicht bei der inneren Sicherheit! - Hier wurde gespart, nämlich im Einzelplan 03 300 Stellen. Sie bleiben unbesetzt.

In dem Vermerk des Gutachterdienstes heißt es:

Hieraus ergibt sich die Möglichkeit, zum Ausgleich der anderen Mehrausgaben den Haushalt um 6 228 000 DM zu verringern.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Gerade bei der inneren Sicherheit!)

(D) Das ist die Sicherheitspolitik der Landesregierung. Verwaltungsreform ist gut; Entlastung der Polizei durch Freistellung von Verwaltungsaufgaben tut not. Ich frage nur: Wer übernimmt denn diese Aufgaben? Und wo sind denn die 2 000 Polizisten, die, wie Sie, Herr Innenminister, voraussagten, nun wieder mehr Streife gehen? Wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat denn schon mehr Polizisten auf der Straße gesehen? Oder haben Ihre Wähler Sie schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt viel mehr Polizei für ihre Sicherheit sorgt?

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Nur auf dem Papier!)

Mir sind solche Zahlen und solche Eindrücke nicht bekannt.

Wenn kleine Polizeiwachen geschlossen und zur Verfügung stehende Stellen nicht besetzt werden, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß es bei unseren Bürgern Ängste um ihre Sicherheit gibt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen Nachtragshaushalt mit vielen für die CDU unannehmbaren Punkten vor uns liegen, den wir nur ablehnen können. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

- (A) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Meine Damen und Herren! Zwischen dem Finanzminister und mir war noch eine Frage offen. Er wollte vorhin von mir wissen, was die PDS mit unserem Haushalt zu tun habe. Wir können es im Ausschuß noch vertiefen, aber für mich ist die PDS die umbenannte SED. Und ohne die finanziellen Lasten dieses SED-Regimes könnten der Bund und auch Sie als Finanzminister dieses Landes auf die niedrigste Steuer- und Abgabenlast setzen und ihre Schulden zurückführen. Beides geht also eng ineinander über, und insofern ist der Bezug zur PDS - der umbenannten SED - zu unserem Haushalt gegeben.

Meine Damen und Herren, jeder Nachtrag bedeutet zugleich eine Korrektur des vorher verabschiedeten Haushalts. Wenn ich die Ausgaben 1993 mit den vorgesehenen Ausgaben 1994 vergleiche, dann ist mit dem heutigen Nachtrag eine Erhöhung von mehr als 3,5 Milliarden DM eingetreten. Dies bedeutet zugleich eine Steigerung des Haushalts 1994 von 4,48 %. Damit wurde erneut die Vorgabe des Finanzplanungsrates von 3 % deutlich überschritten.

- (B) Da hilft es auch nichts, bei der Einbringung eines Haushalts stolz darauf zu verweisen, man habe die Vorgaben des Finanzplanungsrates unterschritten, wenn, ja wenn durch entsprechende Nachträge der eingebrachte und beschlossene Haushalt derartig nach oben korrigiert werden muß.

Auch heute verabschieden wir ein zusätzliches Risiko, und dies betrifft die Einnahmeseite. Der Finanzminister hat uns - dies muß man hier hervorheben - in seiner Offenheit früh genug gesagt: Von den erwarteten Steuermehreinnahmen von rd. 1,2 Milliarden DM ist am heutigen Tage, dem 7. September 1994, noch keine müde Mark in der Kasse. In vier Wochen wissen wir, ob nicht erneut Beschlüsse für den Haushalt 1994 gefaßt werden müssen, dann nämlich, wenn endgültige Klarheit über die zu erzielenden Steuermehreinnahmen gegeben ist.

Zusammengefaßt heißt das ganz klar: jede Menge Mehrausgaben bei ungesicherter Einnahmeerhöhung.

Und dies alles vor den Problemen des Haushaltes 1995, der mit noch mehr Unwägbarkeiten behaftet ist! Somit rächt sich einmal mehr die unsolide Finanzpolitik der 80er Jahre - ich lege immer Wert auf diese Zahl -, als

- die SPD-Mehrheitsfraktion bei explodierenden Steuermehreinnahmen ihre politischen Ausgabenwünsche nicht zügeln konnte. (C)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das waren Verpflichtungsermächtigungen aus gemeinsamer sozialliberaler Zeit!)

Damit sind wir bei dem Teil dieses Nachtragshaushaltes, Herr Kollege Trinius, der der F.D.P.-Fraktion besondere Sorgen bereitet.

Zum einen betrifft dies das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das uns bei diesem Nachtrag rd. eine halbe Milliarde DM, genauer gesagt, 497,5 Millionen DM - ich nenne sie einmal so - verdeckte Kosten beschert.

Viel zu spät hat die Landesregierung gehandelt, indem sie die Zuständigkeiten für Asylanten und für Flüchtlinge diesem Ministerium wegnahm und dem Innenminister übertrug. Erst seit diesem Zeitpunkt wissen wir - hierfür sind die Beamten des Innenministeriums zu loben -, was in diesem Bereich noch an Kosten aussteht.

Nebenbei sei erwähnt, daß dies die zweite Überraschung dieser Größenordnung ist; denn bereits beim Nachtrag 1993 waren ähnliche Mängel feststellbar. (D)

Erst beim Nachtragshaushalt 1994, also erst im September dieses Jahres, kennen wir das gesamte Ausmaß der Kosten für Asylbewerber bzw. Flüchtlinge. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich als Finanzpolitiker alles, was aus dem Bereich des MAGS kommt, mit großem Mißtrauen betrachte, weil meines Erachtens dieses Haus politisch nicht entsprechend geführt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Motto "alles, was man nicht rechnen kann, ist sozial" lasse ich nicht gelten. Insofern bleibt mein Vorwurf erhalten, daß die Landesregierung hier viel zu spät gehandelt hat.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Um für die Zukunft aus finanzieller Sicht eine Begrenzung zu erhalten, kann ich die gesetzte Ausschlußfrist für weitere Ansprüche der Gemeinden an das Land akzeptieren, die vorgesehene Höhe der Abgeltung als Pauschale allerdings nicht. So sehr Pauschalen die Zügigkeit des Verfahrens unterstützen, so sehr treffen sie die hochbelasteten Gemeinden in ihren finanziellen

(Wickel [F.D.P.]

- (A) Schwierigkeiten. Das ist auch gar nicht mehr so nötig; denn die Gemeinden haben inzwischen überwiegend ihre spezifizierten Abrechnungen parat und sind durch das Verhalten des Landes mit der Pauschalierung letztlich von erneuten Kosteneinsparungen zu Lasten der Gemeinden betroffen.

Hier kommt es wieder zu der berühmten Kooperation zwischen Land und Gemeinden. Da drängt sich eben immer der berühmte Kooperationsvergleich auf: Ein Huhn sagt zum Schwein: "Laß uns doch eine Kooperation machen." - "Prima", sagt das Schwein, "aber sage mir, was wollen wir denn in der Kooperation produzieren". Das Huhn sagt: "Wir produzieren Ham and Eggs" - also Schinken und Eier. "Moment mal", sagt das Schwein, "dabei gehe ich ja drauf". - "Ja", antwortet das Huhn, "bei einer Kooperation geht immer einer drauf".

Deshalb, meine Damen und Herren, beschreibt diese kleine Geschichte sehr genau, welche Entwicklungsmöglichkeiten in den Beziehungen des Landes zu seinen Gemeinden eingetreten und weiter denkbar sind.

Zum anderen beschäftigt die F.D.P.-Fraktion die Verpflichtungsermächtigung für das Technologie-Programm mit den darin enthaltenen besonderen Hilfen zur Förderung der Stahlindustrie. Aus den Ausschlußberatungen ist Ihnen bekannt, die F.D.P.-Fraktion will nicht, daß diese 60 Millionen DM bei zwei großen Stahlkonzernen landen, sondern wir wollen die Technologieförderung auch für mittelständische Unternehmen aller Branchen und Regionen. Entsprechendes gilt für die beim MAGS angesiedelten Programme zur beruflichen Qualifizierung, die nach der Erklärung der Landesregierung in Höhe von 120 Millionen DM ebenfalls diese beiden Konzerne begünstigen. Auch hiergegen haben wir uns in unseren Anträgen gewandt und uns für eine Öffnung für alle von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten ohne Beschränkung auf bestimmte Standorte, Branchen und Unternehmen ausgesprochen. Dabei wird uns entgegengehalten, daß die von der Europäischen Union vorgegebenen Ziele dem entgegenstünden, was wir in dieser Form nicht akzeptieren können. Die von uns geforderten Haushaltsvermerke stehen dem nämlich nicht entgegen. Sie erweitern nicht in unzulässiger Weise den Umfang der Ziel-2-Gebiete, sondern sollen die Mittelverwendung innerhalb des von der EG vorgegebenen Rahmens steuern.

Die Wellenbewegungen beim Stahl, mal oben, mal unten - laut der NRZ vom 31. August 1994 "Mit Stahl wird wieder Geld verdient" -, beschreiben den aktuellen Zustand. Haben wir denn alle vergessen, daß wir vor

wenigen Jahren mit mehreren hundert Millionen DM die Stahlindustrie unterstützt haben, als es wieder einmal schlecht war und diese Gelder in guten Zeiten zurückgezahlt werden sollten, was mit ungefähr der Hälfte der Summe auch geschah? Die Stahlindustrie ruft aber immer wieder nach dem Staat, wenn es ihr schlecht geht. Dann trifft sie das offene Herz der Sozialdemokraten, und ihr werden wiederum neue Gelder zur Verfügung gestellt.

Es ist doch bezeichnend, daß zu diesen 60 Millionen DM zwei Konzerne - der eine mit 11 Millionen DM der andere mit 51 Millionen DM - bereits entsprechende Anträge gestellt haben und die auch vorgesehene Bedienung des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr bisher daran scheiterte, daß noch keine Projekte vorgestellt werden konnten. Dies beweist deutlich, daß unser Antragsbegehren zukunftsweisender ist, als die Verhandlungen der Landesregierung mit den Stahlunternehmen erwarten lassen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Schluß: An diesem Nachtragshaushalt konnte wieder einmal dargestellt werden, welche Akzente die F.D.P.-Landtagsfraktion im Haushaltsgeschehen setzt. Folgerichtig stimmen wir dem Nachtragshaushalt auch nicht zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir lehnen den Nachtragshaushalt ab. Ich will die Stichpunkte dafür kurz nennen:

Erstens. Die globalen Minderausgaben in Höhe von 583 Millionen DM. Wir haben in diesem Haushaltsjahr 1994 ein Hü und Hott erlebt. Erst gab es eine Haushaltssperre, dann die Aufhebung der Haushaltssperre, danach den Erlaß der globalen Minderausgabe. Da gibt es keine Transparenz. Das ist undemokratisch. Wir können nicht sehen, wo die Einsparungen tatsächlich vorgenommen werden sollen. Dieses Verfahren lehnen wir ab. Zweites Stichwort "Rücklagenbildung": Diese Rücklagenbildung dient lediglich dazu, im Jahr vor der Wahl die Kreditaufnahme etwas anzuheben, um sie im Wahljahr dann etwas niedriger erscheinen zu lassen.

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

(A) Das ist ebenfalls eine

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Kosmetik!)

Irreführung der Öffentlichkeit. Insofern ist das von uns nicht zu akzeptieren.

Drittens. Zum Stahlbereich ist zu sagen, daß wir dafür sind, den betroffenen Belegschaften gezielt Maßnahmen zukommen zu lassen. Wir sind aber nicht dafür, daß die Konzerne, die wieder schwarze Zahlen schreiben, Subventionen bekommen. Die mindeste Anforderung wäre, die Subventionen, die gezahlt werden, an Rückzahlungsauflagen zu binden. Soweit wir wissen, ist das nicht der Fall. Also müssen wir das ablehnen.

Der nächste Punkt betrifft eine Seitenbemerkung zur CDU: Frau Paus, herzlichen Glückwunsch kann man nur sagen, daß Sie so große Einsparerfolge auf Kosten der Flüchtlinge der Dritten Welt erzielt haben. Selbst Deserteure werden mittlerweile wieder zurückgeschickt in Folter, in Tod. All das ist eine Flüchtlingspolitik, die eine Abschaffung des Asylrechts bedeutet. Das führt in der Tat dazu, daß in Nordrhein-Westfalen logischerweise die Kosten für Asylbewerber sinken. Herzlichen Glückwunsch.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Am Thema vorbei, Herr Kollege!)

(B)

Es ist zynisch, aber wahr: Man hätte diese Einsparungen auch schon früher haben können.

Letzter Punkt: REN-Programm, also das Programm zur rationellen Energienutzung und Förderung erneuerbarer Energiequellen! Herr Schumacher, es ist richtig, ich hätte es Ihnen gern etwas früher auf den Tisch gelegt. Allerdings habe ich erst Ende letzter Woche erfahren, daß das REN-Programm inzwischen ausgeschöpft ist, daß also Tausende von Antragstellern frustriert werden, die bereit sind, mit eigenem Geld an der neuen Zukunft der Energie zu arbeiten. Ich denke, es wäre wirklich nicht zuviel verlangt, daß man sich aufgrund dieses Antrags mit der Sache beschäftigt; das geht auch kurzfristig. Man kann es nachprüfen, das ist wirklich nicht schwierig. Das Programm ist ausgeschöpft; da können Sie die entsprechenden Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium befragen.

Daß der Straßenneubau in diesem Lande von uns gern zur Finanzierung herangezogen wird, darf nicht verwundern. Im Haushaltsjahr 1995 sind immer noch 689 Millionen DM für den Straßenneubau vorgesehen. Darin sind noch nicht die Mittel für Straßenerhaltung

berücksichtigt. Da Herr Ministerpräsident Rau gesagt hat, daß Nordrhein-Westfalen bereits das dichteste Straßennetz Europas hat, sehe ich keinen Grund, daß hierfür soviel Geld eingestellt werden soll. Das Mindeste wäre, daß man Maßnahmen in der bescheidenen Größenordnung von 33 Millionen DM in das nächste Haushaltsjahr verschiebt. Geben Sie sich einen Ruck, dem Antrag können Sie wirklich zustimmen.

(C)

Ansonsten freue ich mich schon auf die Debatte am Freitag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch wenige Bemerkungen machen, weil sich offensichtlich alles auf den Freitag freut.

(Heiterkeit)

Ich höre aber auch Gegenteiliges.

Zur globalen Minderausgabe! Frau Kollegin Paus, ich hatte ausdrücklich gesagt - darauf beziehen Sie sich -, daß eine Ausdehnung der globalen Minderausgabe wenig Sinn macht, wenn man einen Haushalt so weit heruntergefahren hat. Darum haben wir auch nicht eine globale Minderausgabe ausgebracht, auch wenn wir sie so genannt haben, weil das haushaltstechnisch richtig ist. Sie haben richtig festgestellt: Wir haben die jeweiligen Summen in den Einzelplänen konkret als zu erwirtschaften veranschlagt. Das heißt, für den Finanzminister ist jederzeit überprüfbar, ob seine Ansätze wie geplant auch eingehen. Das war unverzichtbar.

(D)

Daß ich sage, es sei kein weiteres Sparen möglich, werden Sie von mir so schnell nicht hören. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, so etwas je gesagt zu haben. Ich glaube, daß Sparen möglich ist.

Weiter sagen Sie: Die CDU hat nichts gegen Rücklagen, wenn sie wirtschaftlich sind. - Liebe Frau Paus, das hat sich fünf Jahre lang anders angehört. Sie haben fünf Jahre lang die Rücklagen beklagt, obwohl ich Ihnen die Wirtschaftlichkeit in zahlreichen Gesprächen mit vielen Zahlen offengelegt habe. Das Land hat Zinsausgaben in Höhe von 100 Millionen DM durch die

(Minister Schleußer)

(A) Bildung dieser Rücklagen gespart. Das ist eine solide Basis.

Wenn Sie schon Gründe für die Ablehnung des Haushalts suchen, sollten Sie auch Gründe suchen, warum Sie vielleicht dem Nachtragshaushalt zustimmen können.

Die Kosten für Asyl sind nicht nachvollziehbar. Wir haben immer wieder gesagt, daß das, was den Gemeinden zusteht, den Gemeinden zufließen soll. Nicht ein einziges Mal hat es eine Ablehnung durch den Finanzminister gegeben, wenn solche Mittel angemahnt wurden. Das hat 1993 zu überplanmäßigen Ausgaben geführt, das hat zu Ergänzungen im Nachtrag geführt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das heißt, das, was hier an Volumen bewegt wird, hat eine Größenordnung, die ich für mehr als vertretbar halte.

Der letzte Punkt! Sie haben gesagt, 700 Stellen seien bei der Polizei frei. - Sie wissen, daß wir zwei unterschiedliche Einstellungszeitpunkte haben. Alle, die ausgebildet werden, werden eingestellt; dafür stehen die entsprechenden Planstellen zur Verfügung. Nur: Sie sind nicht in jedem Haushaltsjahr fällig. Aus dem Grunde konnte die Ermächtigung verlagert werden.

(B) Aber es wird keine Einsparung vorgenommen. Das ist im Unterausschuß "Personal" detailliert dargelegt worden. Ich hatte nicht die Sorge, daß wir uns plenar damit beschäftigen müßten, weil, wie mir aus dem Unterausschuß "Personal" signalisiert worden war, die Abgeordneten eine derartige Entwicklung akzeptierten.

Herr Kollege Wickel, Sie reden immer vom Nachtragshaushalt, in dem die ursprünglichen Planzahlen - -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, wir, Herr Minister Schleußer und ich, können durchaus diejenigen feststellen - das ist gar nicht schwierig -, die sich zur Zeit nicht unterhalten. Ich bitte um Ruhe.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident, ich habe bei ähnlicher Gelegenheit schon einmal gesagt: Wenn das Parlament abstimmungswillig ist, soll man es nicht daran hindern. Ich will es auch nicht weiter tun. Mir geht es nur darum zu sagen: Die Mehrausgaben im Haushalt 1994, die durch den Nachtrag zu verkraften sind, sind weitgehend durch Mehreinnahmen und durch

globale Minderausgaben gedeckt, so daß real nur ein Plus von 160 Millionen DM entsteht - ein Plus, das Sie kaum in Zehnteln des Haushalts ausdrücken können. Wenn Waigel Ihrer Fraktion in Bonn ähnliche Vorlagen macht, wären Sie hoch zufrieden. Ich bitte Sie hier, doch einmal ein bißchen zufrieden zu sein. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung.

Wir haben abzustimmen - erstens - über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/7705. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir haben - zweitens - über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 11/7300 und 11/7590 abzustimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 11/7600, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung anzunehmen. Wer diesem Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen des Hauses angenommen worden. Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung angenommen.

Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs erfolgt am Freitag dieser Woche.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Haushaltsrechnung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Rechnungsjahr 1992

Antrag
der Landesregierung
auf Erteilung der Entlastung
nach § 114 LHO
Drucksache 11/7329

in Verbindung damit: